

06.11.2015

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

die Woche in Berlin war wieder sehr spannend und ereignisreich. Neben vielen Meetings, Ausschusssitzungen, Plenardebatten und Abstimmungen hat mich die Flüchtlingskrise natürlich wieder immens gefordert und beschäftigt.

Die Vereinbarung der Union vom Sonntag zeigt: CDU und CSU sind handlungsfähig und bieten konkrete Lösungen für das drängendste Problem unserer Tage an. Unser Positionspapier spricht eine klare Sprache und greift die Sorgen in der Bevölkerung auf. Unsere zentralen Ziele sind, die Zuwanderung zu ordnen und zu steuern, Fluchtursachen zu bekämpfen, um so die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, sowie Menschen in Not zu helfen und die Integration Schutzbedürftiger zu sichern.

Zusammen mit der SPD wollen wir nun Registrierzonen ermöglichen, damit diejenigen ohne jede Aussicht auf Anerkennung sehr zügig in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Diese Schnellverfahren sollen für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten binnen drei Wochen abgeschlossen sein. Außerdem werden wir den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte zunächst für zwei Jahre auszusetzen. Hier fordere ich und kämpfe ich dafür, dass der Familiennachzug erstmal komplett ausgesetzt wird, um die aktuellen Flüchtlingsströme zu begrenzen beziehungsweise zu stoppen. Auch plädiere ich weiterhin für Transitzonen, damit Balkanflüchtlinge gar nicht erst zu uns kommen.

Die Kosten für die Integrationskurse sollen auf Leistungen für Asylbewerber angerechnet werden. Ebenso müssen wir darauf achten, dass alle Länder – gerade die rot-grün regierten – die neuen Bestimmungen im Asylrecht konsequent anwenden und z.B. statt Taschengeld nur noch Sachleistungen gewähren und

vor allem viel konsequenter als bisher abschieben. Es kann nicht sein, dass die Länder ihrer Verantwortung hier nicht gerecht werden und sträflich vernachlässigen —zum Schaden aller. Um bei Abschiebungen den Ländern zu helfen, habe ich von Anfang an gefordert Truppentransporter der Luftwaffe den Ländern zur Seite zu stellen. Das Verteidigungsministerium hat nun angekündigt dazu grundsätzlich bereit zu sein.

Außenpolitisch gilt es, die EU-Außengrenzen besser zu schützen sowie illegale Schleusungen und Migration zu beenden. Als souveräner Staat müssen wir unsere Grenzen schützen und illegale Grenzübertritte verhindern. Wir streben mit der Türkei eine belastbare Vereinbarung an, damit die Türkei das ihre tut, um die gefährliche Einreise von ihrem Territorium aus nach Griechenland zu unterbinden. Schließlich wollen wir Afghanistan weiterhin militärisch helfen und das Land so stabilisieren, damit die Afghanen in ihrem Land bleiben.

Wir haben vereinbart, uns alle 14 Tage zu treffen, die Lage zu analysieren und ggf. neue Maßnahmen zu vereinbaren. Damit stellen wir sicher, dass CDU und CSU in dieser schwierigen Lage an einem Strang ziehen und Motor unserer Bundesregierung bleiben. Unser Koalitionspartner kann sich nun nicht mehr wegduckern. Es ist höchste Zeit, dass die SPD endlich zeigt, dass auch sie an einer verantwortlichen Politik mitwirken will.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

ÖVP-Klub zu Besuch in Berlin

In dieser Woche besuchten uns Abgeordnete zum Nationalrat unserer österreichischen Schwesterpartei ÖVP in Berlin. Dieser Besuch ist schon seit langem vereinbart und zeigt, dass uns mit unseren politischen Freunden in Österreich vieles verbindet. Im Zentrum der Gespräche mit der ÖVP stand die Flüchtlingskrise, die wir offen und freundschaftlich beraten haben. Sie teilen mit uns die Auffassung, dass eine Entlastung in der konkreten Situation durch eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen zu erreichen ist. Wir haben uns zudem der Frage einer zukunfts- und wettbewerbsorientierten Industrie- und Finanzpolitik gewidmet.

ÖVP-Klub und CDU/CSU-Fraktion sind sich einig, dass in der politischen Gestaltung des mit „Industrie 4.0“ verbundenen Strukturwandels große Chancen liegen, die starke industrielle Grundlage unserer beiden Länder zu

erhalten. Mit den richtigen Rahmenbedingungen, etwa beim Breitbandausbau und einer modernen Bildungspolitik, wollen wir gemeinsam Vorbilder für die euro-päische Entwicklung sein. Wir vertrauen hier auch auf das Wirken unseres EU-Kommissars Günther Oettinger.

Schließlich haben wir breiten Konsens bei der EU-Finanzpolitik festgestellt. Es ist unsere gemeinsame Überzeugung, dass multinationale Unternehmen sich der Steuerpflicht in den europäischen Staaten nicht länger entziehen können dürfen. Hier dürfen sich die Europäer nicht gegeneinander ausspielen lassen. Zudem lehnen wir eine Vergemeinschaftung der nationalen Einlagensicherungssysteme schon deshalb ab, weil zunächst der **Aufbau nationaler Einlagensicherungssysteme** vorangetrieben werden muss.

Gesetz zur Reform der Struktur der Krankenhausversorgung

(Krankenhaus-Strukturgesetz)

Mit dem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beraten und beschließen, legen wir die Eckpunkte einer umfassenden Krankenhausreform fest, die nun auch auf die weitere Verbesserung der Qualität der Pflege in den Krankenhäusern abzielt. Hierzu wird etwa ein Pflegestellen-Förderprogramm eingerichtet, das bis zu 660 Millionen Euro von 2016 bis 2018, danach bis zu 330 Millionen Euro jährlich umfassen soll. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen wurde weiterhin unter anderem vereinbart, den Versorgungszuschlag ab 2017 durch einen Pflegezuschlag mit einem Volumen von 500 Millionen Euro pro Jahr zu ersetzen. Außerdem sollen der Mehrerlösausgleich und der Mehrleistungsabschlag auf

stationäre Krankenhausleistungen von Akutkliniken sowie psychiatrischen Häusern zur Entlastung der Krankenhäuser keine Anwendung finden, soweit die Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz getragen werden. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Verbesserung der Notfallversorgung in beziehungsweise direkt an Krankenhäusern ergriffen. Auch wird die Versorgungslücke für Versicherte mit einer schweren Krankheit, die nicht mehr krankenhausbearbeitungsbedürftig und nicht pflegebedürftig sind, durch leistungsrechtliche Regelung geschlossen.

Besuchergruppe in Berlin

Rund 30 Schüler des Cato Gymnasiums aus Achim sind, nach meinem Besuch dort, meiner Einladung gefolgt und haben sich in dieser Woche auf den Weg nach Berlin gemacht, um die Bundeshauptstadt geschichtlich und politisch unter die Lupe zu nehmen. Begleitet von engagierten Lehrerinnen und Lehrern, traf sich die Gruppe auch mit mir als zuständigen Bundestagsabgeordneten für Achim.

Natürlich gab ich den Schülern einen Überblick über den Arbeitsalltag eines Abgeordneten. Dabei ging ich genauer auf meine Arbeitsbereiche Haushalt und Petitionen ein und plauderte auch ein bisschen aus dem Nähkästchen. So gehört Streit in der Sache zum politischen Geschäft. Was sich manche auch nicht vorstellen können, wenn sie die Berichterstattung in den Medien verfolgen: dass man mit den Kollegen aus anderen Parteien durchaus privat befreundet sein kann. Ich habe gute Kontakte über die Fraktionsgrenzen hinweg. Politik lässt man da einfach mal außen vor. Es gibt schließlich noch andere Themen.

Ich freue mich immer, wenn junge Menschen zu mir zu Besuch kommen und das politische Berlin entdecken wollen. Gerade auch den jungen Menschen das politische Geschäft zu erklären und mit ihnen lebhaft zu diskutieren macht mir besonders viel Spaß.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 10 18

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Sebastian Fischer